

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Regierung verlangt Prüfung von mindestens drei unterschiedlichen Standortregionen für geologisches Tiefenlager

Der Regierungsrat verlangt in seiner dritten Stellungnahme an das Bundesamt für Energie zum Konzeptteil des Sachplans Geologische Tiefenlager nochmals, dass in den Entscheid über die Entsorgungsregion die Ergebnisse der sozioökonomischen Untersuchungen frühzeitig miteinzubeziehen sind. Diese Abklärungen sind deshalb bereits in der ersten Etappe durchzuführen. Zudem sollen nicht wie vorgeschlagen je zwei, sondern mindestens je drei in unterschiedlichen Regionen gelegene Standorte für die Lagerung von schwach- bzw. mittelaktiven und von hochaktiven Abfällen ausgewählt und einer provisorischen Sicherheitsanalyse unterzogen werden. Das Auswahlverfahren muss dabei noch transparenter gestaltet werden. Ebenso muss festgeschrieben werden, dass die Standortregion einen Umkreis von wenigstens 30 km umfasst.

Mit dem Sachplan Geologische Tiefenlager soll das Auswahlverfahren für Standortentscheide für geologische Tiefenlager zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen in der Schweiz festgelegt werden. Die Regierung erachtet den Entwurf des Konzeptteils grundsätzlich als Schritt in die richtige Richtung und begrüsst die Absicht des Bundes, den weiteren Prozess unter Einbezug der Kantone und der Bevölkerung zielführend voranzutreiben. Nach dem für Sommer 2007 vorgesehenen Entscheid des Bundesrates zum Konzeptteil soll das Standortauswahlverfahren schrittweise erfolgen. Der Regierungsrat unterstützt den Bundesrat in seinen Bestrebungen, diesen Zeitplan einzuhalten und die Entsorgungsfrage möglichst rasch zu lösen. Die Entsorgungsfrage muss unabhängig von der Diskussion, ob es in der Schweiz noch weitere Kernkraftwerke geben soll oder nicht, geklärt werden. Der Sachplan Geologische Tiefenlager darf diesbezüglich nichts präjudizieren. Es ist das Ziel des Bundesrates, geologische Tiefenlager vor 2050 in Betrieb zu nehmen.

Die Regierung begrüsst weiterhin die Prüfung der sozioökonomischen Aspekte, d.h. der ökonomischen, demographischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen eines geologischen Tiefenlagers im Rahmen des Sachplanverfahrens. Nachdem die Forderungen des Regierungsrates vom Sommer 2006 nur in geringem Umfang übernommen wurden, verlangt die Regierung erneut eine Erweiterung und Präzisierung der Beurteilungskriterien und Indikatoren. Raumplanerische und sozioökonomische Aspekte müssen bereits im Entscheid über die Entsorgungsregion berücksichtigt werden; d.h. eine zu negative Beeinflussung von Wirtschaft, Gesellschaft und räumlicher Situation muss dazu führen, dass auf den entsprechenden Standort verzichtet wird.

Kanton verkauft Grundstück in Neuhausen am Rheinflall

Der Regierungsrat hat ein Grundstück des Kantons in Neuhausen am Rheinflall verkauft. Das Grundstück befindet sich an der Engestrasse/Rosenbergstrasse. Es handelt sich um ein Dop-

peleinfamilienhaus mit Garagengebäude. Der Verkauf entspricht der strategischen Immobilienbewirtschaftung des Kantons Schaffhausen. Danach sind Landreserven, die der Kanton nicht benötigt, zu veräussern.

Regierungsrat bewilligt Oberhallauer Bergrennen 2007

Der Regierungsrat erteilt dem Verein pro Bergrennen Oberhallau die Bewilligung zur Durchführung des Oberhallauer Bergrennens vom 25./26. August 2007. Die hauptsächlich betroffene Gemeinde Oberhallau hat der Veranstaltung an ihrer Gemeindeversammlung vom 24. November 2006 einstimmig zugestimmt. Auch seitens der umliegenden Gemeinden sind keine Einwände erhoben worden.

Genehmigung eines Gemeindeerlasses

Der Regierungsrat hat den zweiten Teil der vom Einwohnerrat Thayngen am 6. April 2006 verabschiedeten Nutzungsplanung genehmigt. Es handelt sich um die Grundstücke, deren Zonenzuweisung erst zu einem späteren Zeitpunkt rechtskräftig geworden sind.

Schaffhausen, 3. April 2007
bis und mit Nr. 13/2007
12/2007

Staatskanzlei Schaffhausen